



*Eine unabhängige Initiative für
Menschenrechte, Demokratie und Klimaschutz*

Presstext #zusammenHaltNÖ | Di, 14.1.2025

Das Pressegespräch zum Nachhören: <https://www.youtube.com/live/th8tfpTiRN4>

Kritische Analyse der NÖ Integrationspolitik durch die Zivilgesellschaft: Wenn Desintegration und Härte das neue „Normal“ sind

Utl. Expert*innen kritisieren die weitreichende Desintegrationspolitik in NÖ

Auf einer Pressekonferenz der NGO „zusammenHaltNÖ“ kritisieren Integrations-Expert*innen, dass die schwarz-blaue Landesregierung in Niederösterreich, allen voran der für Integration zuständige FPÖ-Landesrat Christoph Luisser, viel unternehmen würde, um Integration zu verhindern und Desintegration zu erzeugen. Mit Blick auf die Gemeinden verweisen die zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen aber auch darauf, dass positive Integrations Schritte auf kommunaler Ebene möglich seien.

„Integration muss als zweiseitiger Prozess verstanden werden. Zugewanderte erbringen Anstrengungen, um an der Gesellschaft teilzuhaben. Politik und Mehrheitsgesellschaft schaffen die rechtlichen Grundlagen und Möglichkeiten, damit sich der Student aus Deutschland, die Pflegekraft aus Rumänien, die Schutzsuchenden aus der Ukraine oder aus Syrien integrieren und an der Gesellschaft teilhaben können. Dieser Prozess findet in Niederösterreich aktuell nicht mehr statt“, erklärt Univ.-Prof. i.R. Dr.ⁱⁿ Sieglinde Rosenberger.

Laut den Expert*innen stehe insbesondere eine Gruppe von Zugewanderten im Fokus der Desintegrationspolitik: die Gruppe der Schutzsuchenden, die sich in Grundversorgung befinden. Sie setzt sich in Niederösterreich aus 9.248 Leistungsbezieher*innen, davon 1.034 Asylwerber*innen und 8.214 „sonstigen Fremden“ zusammen. Von diesen „sonstigen Fremden“ sind 7.754 Vertriebene der Ukraine. (Stand 7.1.2025)

Betreffend den Umgang mit Schutzsuchenden stellt Dr.ⁱⁿ Gundi Dick von #zusammenHaltNÖ drei Ebenen der Desintegrationspolitik fest: Diskursverschärfung, Symbolpolitik und konkrete politische Entscheidungen. So seien mehrfach Aussagen, die als Hetze gegen Asylsuchende und als kollektive Kriminalisierung von Geflüchteten gewertet werden können, im Landtag zu hören gewesen, erklärt Dick, die zusammen mit anderen Freiwilligen die Landtagsitzungen in Niederösterreich beobachtet und analysiert. „Symbolische Maßnahmen, wie die Bezahlkarte für Asylsuchende, sollen Probleme lösen, die es so gar nicht gibt. Doch in Wahrheit verschärfen sie Probleme. Politische Entscheidungen, wie z.B. die finanzielle Schlechterstellung von subsidiär Schutzberechtigten im Vergleich zu Wien, bewirken den ausdrücklich gewünschten Effekt: Schutzsuchende sollen Niederösterreich verlassen“, kritisiert Dick.

Mag. Lukas Gahleitner-Gertz von der asylkoordination österreich kritisiert den vom Land herbei geredeten Integrationsnotstand: „Am Modell Niederösterreich sieht man geradezu beispielhaft, wohin die Reise in der Desintegrationspolitik unter Schwarz-Blau geht: Es geht nicht ums Probleme lösen, sondern ums Probleme machen. Die gesetzten Maßnahmen sind wie Sand im Getriebe. Das gewünschte Ergebnis ist, dass es nicht funktioniert, um dann sagen zu können: Seht her, es funktioniert nicht. Das ist billige Politik, aber die Gefahr ist groß, dass die Rechnung aufgeht und viel Schaden verursacht.“

Die Bezahlkarte gilt seit 1.11.2024 in Niederösterreich und betrifft 1.035 Asylwerber*innen. Nunmehr ohne Bargeld dürfen Asylwerber*innen nur in bestimmten Geschäften einkaufen und sie bestreiten ihr tägliches Leben mit 5,71 €. Erfahrungsberichte mit der Bezahlkarte zeigen, dass sie im Alltag Probleme verursacht, weil es für Asylwerber*innen schwieriger geworden ist, tägliche Bedürfnisse abzudecken, weil sie etwa nicht mehr im Sozialmarkt einkaufen können, öffentliche Verkehrsmittel nicht mehr umfassend nutzen können und Medikamente nur eingeschränkt bekommen.

„Das widerspricht dem Menschenrecht auf einen Lebensstandard, der Gesundheit und Wohlergehen gewährleistet. Zu einem solchen Lebensstandard gehören ausreichende und gute Nahrung, Kleidung, eine Wohnung, ärztliche Versorgung und die notwendigen sozialen Leistungen“, kritisiert Mag.^a Lisa Sterzinger von #zusammenHaltNÖ. „Darüber hinaus wirken sich Diffamierung und Hetze gegen Asylwerber*innen auf das gesamte Gesellschaftsklima nachteilig aus.“

Eine gemeinsame Initiative von #zusammenHaltNÖ und dem Bürgermeister in Baden verdeutlicht, dass auf kommunaler Ebene konstruktive Integrationsschritte möglich sind. In Baden wird demnächst ein Integrationsbeirat installiert. Der bisherige Prozess zeigt, dass die Badener Bevölkerung mit großem Interesse und in konstruktiver Weise Integration in der Gemeinde gestalten will. Der Integrationsbeirat soll zukünftig die wichtige gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten und Migrant*innen unterstützen.

St. Pölten, 14.1.2025

Rückfragehinweis:

Gundi Dick | T: 0676/7751121 | Mail: kontakt@zusammenhaltnoe.at

#zusammenHaltNÖ

für Menschenrechte, Demokratie und Klimaschutz

Mail: kontakt@zusammenhaltnoe.at

T: 0676/7751121

FB: [zusammenhaltnoe](https://www.facebook.com/zusammenhaltnoe)

X: [ZusammenHaltNÖ](https://twitter.com/ZusammenHaltNÖ)

Web: <https://zusammenhaltnoe.at>